

Antworten der Parteien Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE auf die Forderungen zur Wahl am 20.9.2026

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Freiheit sind nur mit Frauen machbar

Frauen und Männer sind nach dem Grundgesetz gleichberechtigt – von einer tatsächlichen Gleichstellung sind wir aber immer noch weit entfernt. Diskriminierung und Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts sind immer noch alltägliche Realität. Es ist in den letzten Jahren eine Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse in den Familien und ein gesellschaftlicher Rückschritt zu beobachten. Sexismus, digitalisierte und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Femizide nehmen in der Gesellschaft beängstigend zu.

Die weiterhin bestehende Lohnungleichheit und die große Renten-Lücke zwischen den Geschlechtern tragen dazu bei, dass Frauen, insbesondere Mütter und ihre Kinder sowie Ältere, ein erhöhtes Risiko für Armut haben.

Gesundheitlich sind Frauen durch die Doppelbelastung von Erwerbs- und Familienarbeit nach wie vor sehr stark belastet. Und eine künftige Gesundheitsreform darf nicht die Benachteiligung von Frauen verstärken. Auch die Versorgung im Bereich der reproduktiven Gesundheit ist unzureichend: Verhütungsberatung, die Versorgung bedürftiger Frauen mit kostenlosen Verhütungsmitteln, Beratung und Begleitung bei ungewollten Schwangerschaften sowie auch die Betreuung gewollt Schwangerer vor, bei und nach Geburten sind nicht im ausreichenden Maß gewährleistet.

All diese Missstände sind eingebettet in eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung, in der antifeministische und rassistische Angriffe zunehmend gefährlicher werden. Gleichzeitig solidarisieren sich aber immer mehr Menschen im Kampf gegen Geschlechterdiskriminierung und Sexismus. Dies ist auch dringend nötig, denn es muss ein deutliches Zeichen gesetzt werden, nicht nur von Betroffenen, sondern von ALLEN:

Wir fordern Gleichberechtigung JETZT!

Hier sind Parteien, Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen gefordert: Setzen Sie sich für Geschlechtergerechtigkeit ein! Geschlechtergerechtigkeit ist kein Randthema und muss endlich mehr in den Mittelpunkt politischen Bemühens rücken.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen

Die Analyse zu den gesellschaftlichen Entwicklungen teilen wir.

Antwort DIE LINKE

Grundsätzliche Position der Linken

Die Forderungen des Frauenbeirats treffen in zentralen Punkten das politische Selbstverständnis der Linken. Geschlechtergerechtigkeit ist für uns kein Nischenthema, sondern eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Feministische Politik darf sich deshalb nicht auf formale Gleichberechtigung beschränken. Sie muss die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen verändern, die Frauen und queere Menschen benachteiligen – insbesondere dann, wenn zusätzlich Armut, Rassismus, eine Behinderung oder eine unsichere Lebens- und Aufenthaltssituation hinzukommen.

Deshalb verbindet Die Linke Gleichstellungspolitik mit dem Ausbau der öffentlichen und sozialen Infrastruktur. Verlässliche Kinderbetreuung, wohnortnahe Beratungsangebote, Frauen- und Mädchenprojekte, eine gute Gesundheitsversorgung sowie Unterstützung für Alleinerziehende dürfen nicht von befristeten Förderprogrammen oder der jeweiligen Haushaltslage abhängen. Die Träger brauchen eine langfristige, bedarfsgerechte Finanzierung, die steigende Mieten, Sachkosten und Tarifsteigerungen vollständig berücksichtigt. Gute soziale Arbeit setzt auch gute Arbeitsbedingungen und eine tarifgerechte Bezahlung der Beschäftigten voraus.

Unser Ziel ist eine sorgende Stadt, in der die Verantwortung für Kinder, Pflege, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe nicht immer weiter ins Private abgeschoben wird. Für Die Linke bedeutet eine sorgende Stadt, dass Sorgearbeit nicht länger als private Aufgabe einzelner Familien behandelt wird. Wir wollen soziale Infrastruktur wohnortnah bündeln – etwa in Sorgezentren, in denen Gesundheitsversorgung, Sozialberatung, Familienangebote, Kultur und Nachbarschaft zusammenkommen. Flexible Kinderbetreuung auch außerhalb regulärer Kita-Zeiten, Entlastungsangebote für pflegende Angehörige, Kiezkantinen und aufsuchende Angebote für ältere Menschen können gerade in einem großen Flächenbezirk wie Marzahn-Hellersdorf den Alltag spürbar erleichtern.

Unbezahlte Sorgearbeit wird noch immer überwiegend von Frauen geleistet und schränkt ihre beruflichen, finanziellen und gesellschaftlichen Möglichkeiten ein. Eine feministische Politik muss deshalb durch öffentliche Angebote konkret entlasten und dafür sorgen, dass Zeit, Einkommen und Lebenschancen gerechter verteilt werden.

Gewaltschutz ist für Die Linke eine verbindliche staatliche Aufgabe. Dabei muss Gewaltschutz heute auch digital gedacht werden. Cyberstalking, digitale Überwachung, Doxing, Deepfakes und die Verbreitung intimer Aufnahmen sind keine bloßen Konflikte im Internet, sondern reale Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie setzen häusliche und partnerschaftliche Gewalt häufig über eine Trennung oder die Flucht in ein Frauenhaus hinaus fort. Deshalb brauchen Betroffene spezialisierte Beratung und technische Unterstützung, während Polizei,

Staatsanwaltschaften und Justiz verbindlich qualifiziert und personell entsprechend ausgestattet werden müssen.

Die Istanbul-Konvention und das Gewalthilfegesetz müssen vollständig umgesetzt werden. Dazu gehören ausreichend Schutzplätze, erreichbare Fachberatungsstellen, Präventionsangebote und dauerhaft finanzierte Strukturen der Anti-Gewalt-Arbeit. Diese Angebote müssen sozialräumlich gerecht über Berlin verteilt werden – ausdrücklich auch in den Außenbezirken. Marzahn-Hellersdorf darf bei Frauenhäusern, Schutzwohnungen, Fachberatung und Prävention nicht länger schlechter versorgt sein als die Berliner Innenstadt.

Auch die Wohnungsfrage ist eine feministische und soziale Frage. Frauen, Alleinerziehende, ältere alleinlebende Frauen, Menschen mit geringen Einkommen und von Gewalt Betroffene sind von Wohnungsnot, Diskriminierung und drohender Wohnungslosigkeit besonders betroffen. Deshalb braucht es deutlich mehr kommunale und dauerhaft bezahlbare Wohnungen, bedarfsgerechte Grundrisse, verbindliche Kontingente für besonders benachteiligte Haushalte und diskriminierungsfreie Vergabeverfahren. Niemand darf gezwungen sein, aus finanzieller Not in einer gewalttätigen Beziehung zu bleiben oder mit Kindern dauerhaft in einer ungeeigneten Notunterkunft zu leben.

1. Fraueninfrastruktur im Bezirk

Frauenprojekte sind wichtige und notwendige niedrigschwellige Anlaufstellen für Frauen im Bezirk. In den Frauenprojekten gibt es eine hohe Expertise zum Umgang mit Diskriminierungserfahrungen und Ungleichbehandlungen von Frauen. Das Angebotsspektrum ist dabei sehr vielfältig und reicht von geschlechtersensibler Sozial-, Rechts-, und Anti-Gewalt-Beratung sowie Beratung zu Bildung und Beruf, Gruppenangeboten, Veranstaltungen, Gesundheit und Kultur bis hin zur Förderung des Frauensports.

Unserem wachsenden Bezirk muss Rechnung getragen werden.

Wir fordern:

- Die langfristige Sicherung und den Ausbau der bestehenden Frauenprojekte sowie Angebote für FLINTA* in Marzahn-Hellersdorf. Dabei müssen Tarifierhöhungen, Mieterhöhungen, eine Erhöhung der Personalkosten und weitere erhöhte Kosten berücksichtigt werden. Erhöhte Bedarfe müssen sich auch in einem Ausbau der Personalmittel widerspiegeln.
- Die weitere Förderung des Frauensports in Marzahn-Hellersdorf durch das Bezirksamt, insbesondere durch eine geschlechtergerechte Vergabe von Hallen- und Sportplatzzeiten auch an Mädchen- und Frauensportgruppen sowie die Unterstützung freier Bewegungs- und Sportgruppen für Mädchen, Frauen und Familien.

- Die Stärkung und Stabilisierung migrantischer Frauenprojekte wie z.B. den „Interkultureller Frauentreff ROSA“ von MiM e.V. und die intersektionalen Angebote für geflüchtete Frauen und Migrant*innen bei Matilde e.V., im Haus Babylon, bei der Reistrommel und bei HellMa in den nächsten Haushalten.
- Die Förderung von Projekten gegen Mehrfachdiskriminierung, wie z.B. die Förderung von Projekten für lesbische Frauen und Mädchen sowie für Frauen mit Beeinträchtigungen wie z.B. spezialisierte behindertengerechte medizinische Versorgungszentren insbesondere im Bereich Gynäkologie und Frauenheilkunde.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen

Auch wir fordern und werden uns dafür einsetzen, dass bestehende Frauenprojekte und Angebote gesichert und ausgebaut werden. Bereits in den zurückliegenden fünf Jahren standen wir als Bündnisgrüne stets an eurer Seite und haben erfolgreich Kürzungen verhindern können - auch wenn uns bewusst ist, dass eine fehlende Erhöhung der Mittel realpolitischen Kürzungen gleichkommt. Für die Zukunft werden wir bei der Haushaltsplanaufstellung sowohl im Land als auch im Bezirk weiterhin mit Argusaugen darauf achten, dass die Frauenprojekte und Angebote auskömmlich finanziert sind - inklusive Tarif- und Mieterhöhungen.

Dass die Förderung des Frauen- und Mädchensports ein zentrales Anliegen für uns ist, haben wir durch das Erkämpfen des Mädchen- und Frauensportförderpreises sowie die ernsthafte und regelmäßige Teilnahme an der Netzwerkrunde Frauensport bewiesen. Für die Zukunft werden wir uns für eine eigene Frauensporthalle in Hellersdorf einsetzen sowie für geschlechtergerechte Sportstättenzeiten kämpfen und weiterhin gewissenhaft mit der Netzwerkrunde zusammenarbeiten.

Migrantische Frauenprojekte leisten Unschätzbare in unserem Bezirk. Sie sind Räume der Selbstwirksamkeit, des Halts und des Empowerments. Für uns ist klar, dass Orte wie der Interkulturelle Frauentreff ROSA und zahlreiche andere weiter gefördert werden müssen. Da diese Projekte auch aus anderen als den Gleichstellungstöpfen gefördert werden (insbesondere Gelder der Integrationsbeauftragten) werden wir uns auch im Integrationsausschuss sowie allen weiteren relevanten Gremien dafür stark machen, die Perspektiven von migrantischen und geflüchteten Frauen stärker zu fördern.

Auch weitere intersektionale Projekte, wie für lesbische und andere queere Frauen oder Frauen mit Behinderungen gehören zu unserem Verständnis einer intersektionalen Gleichstellungspolitik dazu. Insbesondere den barrierefreien Ausbau von Gynäkologiepraxen im bezirklichen Rahmen unterstützen wir. Dabei wollen wir Barrierefreiheit möglichst umfassend denken und für viele verschiedene Beeinträchtigungen die richtigen Angebote entwickeln.

Antwort DIE LINKE

- Das unterstützen wir ausdrücklich. Frauen- und FLINTA*-Projekte dürfen nicht von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr um ihre Existenz bangen; wir wollen eine mehrjährige, tarifgerechte Finanzierung, die Mieten, Sachkosten und wachsende Bedarfe realistisch abbildet.
- Sportflächen sind öffentliche Daseinsvorsorge und müssen gerecht verteilt werden. Wir wollen transparente Vergabekriterien, feste Anteile für Mädchen- und Frauensport sowie niedrigschwellige und kostenfreie Bewegungsangebote, auch mit explizitem FLINTA*-Schwerpunkt sowie Eltern-Kind-Angebote, in allen Stadtteilen. Flexiblere Kinderbetreuung erleichtert Müttern, Zeit für eigene sportliche Aktivität zu finden.
- Diese Projekte erreichen Frauen, die staatliche Regelangebote oft nicht erreichen. Ihre Finanzierung muss verstetigt und ausgebaut werden – als fester Bestandteil der sozialen Infrastruktur im Bezirk.
- Wer mehrfach diskriminiert wird, braucht spezialisierte und barrierefreie Angebote. Wir unterstützen gezielte Förderung für lesbische Frauen und Mädchen, Frauen mit Behinderungen und intersektionale Projekte; ein barrierefreies gynäkologisches Versorgungsangebot im Bezirk ist überfällig.

2. Alleinerziehende

In unserem Bezirk machen Alleinerziehende mit ihren Kindern ein Drittel aller Familien aus. Das entspricht einem Anteil von ca. 10 % an der Gesamtbevölkerung. Ungefähr 95 % der Alleinerziehenden sind Frauen. Sie haben, selbst wenn sie erwerbstätig sind, ein überdurchschnittliches Armutsrisiko sowie erheblich höhere gesundheitliche Belastungen im Vergleich zu Eltern, die in Paarbeziehungen leben. Beides wirkt sich auch nachteilig auf die Entwicklungsmöglichkeiten und die Gesundheit ihrer Kinder aus.

Alleinerziehende sind in ihrem Alltag und in ihrer steuerlichen und sozialrechtlichen Behandlung immer noch benachteiligt. Viele dieser Benachteiligungen können nur durch die Bundesgesetzgebung behoben werden. Die Bezirkspolitik kann aber mit unterstützenden Maßnahmen

den besonderen Belastungen Alleinerziehender entgegenwirken. Zudem kann sie dazu beitragen, dass die besonderen Leistungen Alleinerziehender mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Eine gute Politik für Alleinerziehende fördert die Geschlechtergerechtigkeit. Sie ist durch ihre unmittelbaren Auswirkungen auf das Leben der Kinder auch Ausdruck einer kinderfreundlichen und zukunftsfähigen Kommunalpolitik.

Wir fordern:

- dass die Bezirkspolitik sich in größerem Maße als bisher der fairen und angemessenen Förderung von Alleinerziehenden als gleichberechtigter Familienform mit ihren besonderen Belastungen verpflichtet.

- eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ gute Versorgung mit kostenloser Kinderbetreuung, ergänzend auch bei atypischen Arbeitszeiten, und zusätzlichen flexiblen Angeboten der Kinderbetreuung.
- die Gewährleistung eines sicheren und diskriminierungsfreien Zugangs zu bezahlbarem Wohnraum. Die Unterbringung von Alleinerziehenden mit Kindern in ASOG-Einrichtungen ist nicht bedarfsgerecht und nicht hinnehmbar. Die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet Deutschland seit 2010 Kinderrechte zu achten und zu schützen. Es braucht neue Konzepte zum Umgang mit dieser Problemlage.
- eine finanzielle Unterstützung gesundheitsfördernder Angebote mit Kinderbetreuung und/oder zeitgleichen Kinderangeboten.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen

Wir haben mehrfach das Augenmerk der Bezirkspolitik auf die Belange von Alleinerziehenden gelenkt. Einige Möglichkeiten, um Alleinerziehende als gleichberechtigte Familienformen zu stärken, können schnell und leicht umgesetzt werden. Zum Beispiel Formulare der Verwaltung so anpassen, dass sie jeder Familienform gerecht werden. Andere Möglichkeiten brauchen mehr Abstimmung. Zum Beispiel Familienkarten zum Eintritt in diverse Freizeitangebote, die nur eine erwachsene Person voraussetzen. Für uns ist klar: keine Hürde ist zu groß und wir werden weiter dafür sorgen, dass Alleinerziehende und ihre Familien stärker in den Blick der Politik kommen. Auch eine Teilhabe von Alleinerziehenden an der BVV-Arbeit selbst wollen wir erneut in Angriff nehmen.

Ergänzende und flexible Kinderbetreuung haben wir bereits 2023 als Bündnisgrüne in der BVV gefordert. Dabei wollten wir das erfolgreiche Konzept aus Lichtenberg übernehmen. Wir werden in den kommenden Jahren immer wieder überprüfen, wie weit die Umsetzung ist und fordern, dass solche Angebote geschaffen und ausgeweitet werden. Darüber hinaus setzen wir uns z. B. bei der Freiwilligenagentur dafür ein, dass Möglichkeiten geschaffen werden, um Alleinerziehenden die Ausübung von Ehrenämtern zu eröffnen. Bei der Vergabe des Ehrenamtspreises der BVV legt unsere Fraktion bzw. das Fraktionsmitglied, das in der Jury sitzt, auch explizit den Fokus auf Alleinerziehende und macht sich für deren Ehrung stark.

Dass Alleinerziehende und ihre Kinder als vulnerable Gruppe nicht bedarfsgerecht in ASOG-Einrichtungen versorgt werden können, ist für uns Bündnisgrüne klar. Entsprechend unterstützen wir das bezirkliche Pilotprojekt und sehen bereits jetzt den Bedarf des Ausbaus. Dafür werden wir uns auf bezirklicher und auf Landesebene stark machen. Als gesamtstädtisches Problem brauchen wir hier auch eine gesamtstädtische Lösung.

Die Frauensporthalle ist auch deshalb so erfolgreich, weil sie Frauen die Möglichkeit gibt, an einem gesundheitsfördernden Angebot teilzunehmen, während die Kinder vor Ort betreut sind.

Dieses Erfolgsrezept gilt es auszubauen und auf andere Bereiche der Gesundheitsförderung zu übertragen. Dafür werden wir uns einsetzen.

Antwort DIE LINKE

- Alleinerziehende sind keine Randgruppe, sondern prägen Marzahn-Hellersdorf. Ihre Lebensrealität muss im Haushalt, bei Öffnungszeiten, Wohnen, Mobilität und sozialen Angeboten verbindlich mitgedacht und berücksichtigt werden.
- Kostenlose, wohnortnahe und verlässliche Kinderbetreuung ist der Schlüssel zu echter Teilhabe. Wir wollen flexible Randzeiten- und Notfallangebote - mit mehr Personal und guten Arbeitsbedingungen statt zusätzlicher Überlastung in den Kitas.
- Kein Kind gehört in eine ASOG-Unterkunft. Land und Bezirk müssen Familien, insbesondere Alleinerziehende, prioritär in regulären, bezahlbaren Wohnraum vermitteln und Wohnungsverlust durch frühzeitige Hilfen verhindern. Die Linke in der BVV Marzahn-Hellersdorf hat sich hierfür bereits stark gemacht und wird diese auch weiterhin tun.
- Gesundheitsförderung darf nicht daran scheitern, dass Betreuung fehlt oder Angebote zu teuer sind. Wir wollen solche Angebote dauerhaft finanzieren und Kinderbetreuung von Beginn an mitplanen.

3. Kommunalpolitische Gremien

Nur durch die geschlechtergerechte Besetzung aller bezirklichen Gremien kann sichergestellt werden, dass die Situation und die Interessen von Frauen in allen Politikbereichen angemessen betrachtet und berücksichtigt werden.

Wir fordern:

- Dass der Vorstand der BVV und alle Ausschüsse der BVV geschlechtergerecht besetzt sind und Frauen und Männer gleichermaßen vertreten sind.
- Dass alle Ausschüsse bei Beratungen und Entscheidungen die Auswirkungen mit Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter berücksichtigen.
- Die Beibehaltung eines Ausschusses Gleichstellung als ein wichtiges Gremium.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen

Als Bündnis 90/Die Grünen leben wir seit jeher eine paritätische Besetzung unserer eigenen Gremien. Auch eine Doppelspitze in der Fraktionsführung ist für uns selbstverständlich. Wir

wünschen uns die gleiche Parität in der BVV und ihren Gremien insgesamt. Gleichwohl sind uns die Hürden bis zu diesem Ziel bewusst. Es fängt bei nicht paritätisch besetzten Fraktionen an und endet beim Machtanspruch von Männern. Wir werden immer laut dafür streiten, dass Parität das Mindeste ist. Dafür müssen auch auf Landesebene Änderungen im Wahlrecht geschaffen werden, denn ohne gesetzliche Vorgaben wird es weiterhin große Fraktionen mit nur einer Frau geben.

Im Mobilitätsausschuss haben wir diese Legislaturperiode bereits mehrfach bei der Beleuchtung von Straßen proaktiv darauf hingewirkt, dass die Belange von FLINTA* stärker berücksichtigt werden. Basierend auf dieser erfolgreichen Arbeit wollen wir in der nächsten Legislaturperiode dafür sorgen, dass sich jeder Ausschuss mindestens einmal im Jahr mit dem Thema Gleichstellung in seinem Themenbereich auseinandersetzt, um so die nötige Awareness zu schaffen.

Dass der Ausschuss für Gleichstellung weiterhin ein fester Ausschuss der BVV sein wird, steht für uns außer Frage. Eine Zählgemeinschaftsvereinbarung, die das nicht vorsieht, werden wir als Bündnisgrüne nicht unterschreiben.

Antwort DIE LINKE

- Geschlechtergerechte Repräsentation darf nicht allein vom freiwilligen Handeln einzelner Parteien oder Fraktionen abhängen. Die Linke unterstützt deshalb das Ziel eines rechtssicher ausgestalteten Berliner Paritätsgesetzes nach dem Reißverschlussprinzip. Auf bezirklicher Ebene müssen zugleich planbare und familienfreundliche Sitzungszeiten, Kinderbetreuung sowie ein wirksamer Schutz von Kommunalpolitikerinnen vor Sexismus, Bedrohungen und digitaler Gewalt geschaffen werden. Die Linke setzt sich für eine geschlechtergerechte Besetzung von BVV-Vorstand, Ausschüssen und bezirklichen Gremien ein und geht bei eigenen Vorschlägen verbindlich voran.
- Jede politische Entscheidung kann Frauen und Männer unterschiedlich betreffen. Deshalb wollen wir einen verbindlichen Gleichstellungsscheck für Vorlagen, Haushaltsentscheidungen und bezirkliche Planungen.
- Der Gleichstellungsausschuss muss erhalten bleiben und gestärkt werden. Er braucht klare Zuständigkeiten, regelmäßige Berichte und die Möglichkeit, gleichstellungspolitische Defizite frühzeitig öffentlich zu machen.

4. Häusliche Gewalt

Die Themen geschlechtsspezifischer häuslicher, sexualisierter und digitalisierter Gewalt stehen derzeit verstärkt im Fokus der Öffentlichkeit, der Medien und der Politik, nicht zuletzt im

Zusammenhang mit dem Fall von Collien Fernandes. Die aktuellen Entwicklungen machen den dringenden Handlungsbedarf deutlich: Seit 2020 sind die Fallzahlen von Sexualstraftaten um 29,8%, von häuslicher Gewalt um 17,8% und von digitalisierter Gewalt um 127,3% gestiegen. Das Land Berlin arbeitet derzeit an einem Ausbau von Schutzplätzen und Beratungsangeboten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder. Dennoch wird dieser Ausbau dem steigenden Bedarf nicht gerecht. Es fehlt weiterhin an personellen und finanziellen Ressourcen, um eine angemessene Unterstützung und Beratung für die wachsende Anzahl schuttsuchender/unterstützungssuchender Frauen und ihrer Kinder, vor allem in den Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf, zu gewährleisten. Besonders gravierend ist jedoch das Defizit an präventiven Angeboten. Nur durch Prävention können die rasant ansteigenden Zahlen von geschlechtsspezifischer Gewalt gestoppt werden.

Wir fordern:

- Die Bereitstellung finanzieller Mittel für den Erhalt bestehender und die Einrichtung weiterer Beratungs- und Erstanlaufstellen zur Bekämpfung häuslicher und sexualisierter Gewalt, sowie für den Ausbau der Präventionsangebote.
- Die Einrichtung eines Frauenhauses bzw. weiterer Frauenschutzplätze im Bezirk und die Unterstützung der Träger, die diese Vorhaben umsetzen.
- Die Schaffung eines präventiven Angebots zur Bekämpfung digitalisierter Gewalt, welches sowohl Mädchen und Frauen im Schutz vor digitaler Gewalt stärkt, als auch Jungen und Männer als potenzielle Täter berücksichtigt.
- Die Schaffung einer Fachberatungsstelle für von sexualisierter Gewalt betroffenen Mädchen (und Jungen).

Antwort Bündnis 90/Die Grünen

Dass die Anti-Gewalt-Projekte nicht auskömmlich finanziert sind, ist hinlänglich bekannt. Da die Gelder sowohl von Bezirks- als auch von Landesebene kommen, setzen wir uns ebenenübergreifend für eine auskömmliche Finanzierung von Anti-Gewalt-Arbeit ein. Kürzungen im Bezirkshaushaltsplan in diesem Bereich werden wir nicht hinnehmen und alle Kräfte darauf verwenden, diese abzuwenden. Auch für einen Ausbau der bestehenden Strukturen sowie die Etablierung neuer Angebote machen wir uns stark.

Mindestens eine weitere Zufluchtswohnung in Marzahn-Hellersdorf sowie ein weiteres Frauenhaus für Berlin sind zentrale Forderungen unseres Bezirkswahlprogrammes. Prävention ist der Schlüssel. Jeder Euro, der in die Prävention fließt, spart am Ende bares Geld. Deshalb ist der Ausbau der Täterarbeit für uns nicht minder wichtig. Auch die Zunahme digitaler Gewalt nehmen wir mit Schrecken und Sorge wahr. Die Beraterungsangebote bei

digitaler Gewalt in der Fachberatungsstelle müssen ausgebaut werden. Ein präventives Angebot zur Bekämpfung digitalisierter Gewalt unterstützen wir.

Der Forderung eines dauerhaften Beratungs- und Betreuungsangebots für die Opfer von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen haben wir als Bündnisgrüne in der BVV bereits unterstützt. Wir sehen die Notwendigkeit, insbesondere auf Kinder spezialisierte Angebote bei sexualisierter Gewalt zu schaffen. Die Umsetzung des BVV-Beschlusses werden wir überwachen und zeigen uns für notwendige Anpassungen sowie neue Ideen offen.

Antwort DIE LINKE

- Gewaltschutz ist Pflichtaufgabe, keine freiwillige Leistung. Diese Arbeit darf nicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt oder von Jahr zu Jahr infrage gestellt werden. Bundesmittel aus dem Gewalthilfegesetz müssen den Ausbau der Berliner Strukturen zusätzlich ermöglichen und dürfen die bisherige Landesfinanzierung nicht ersetzen. Die Linke steht für eine verlässliche öffentliche Finanzierung gemeinnütziger Fachträger mit verbindlichen Qualitätsstandards. Wir wollen bestehende Beratungsstellen tarifgerecht absichern, zusätzliche niedrigschwellige Anlaufstellen im Bezirk schaffen und Prävention dauerhaft finanzieren.
- Marzahn-Hellersdorf braucht eigene Schutzplätze. Wir unterstützen ein Frauenhaus beziehungsweise dezentrale Schutzwohnungen im Bezirk und erwarten, dass Land und Bezirk geeignete Immobilien und eine verlässliche Finanzierung bereitstellen.

Schutz und Beratung müssen allen von geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffenen tatsächlich offenstehen. Das Berliner Hilfesystem muss daher auch queeren Menschen sowie Menschen mit Behinderungen barrierefreie, fachlich geeignete und sichere Angebote garantieren. Gleichzeitig braucht es eine stärkere Koordination zwischen Land und Bezirken, damit Schutzplätze und Fachberatung nicht überwiegend in den innerstädtischen Bezirken konzentriert bleiben.
- Digitale Gewalt ist reale Gewalt. Es braucht Beratung, technische Hilfe und Prävention für Mädchen und Frauen sowie verbindliche Täterarbeit und medienpädagogische Angebote für Jungen und Männer. Prävention darf die Verantwortung jedoch nicht erneut bei Mädchen und Frauen abladen. Neben Aufklärung, Medienbildung und Angeboten zum digitalen Selbstschutz braucht es verbindliche Täterarbeit, die frühzeitig an gewaltausübendem Verhalten ansetzt. Schulen, Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Gesundheitsversorgung müssen dabei verbindlich zusammenarbeiten, denn Arztpraxen und Krankenhäuser sind häufig die ersten Stellen, an denen Folgen von Gewalt sichtbar werden.
- Eine spezialisierte Fachberatungsstelle im Bezirk ist notwendig. Betroffene Kinder und Jugendliche brauchen schnelle, vertrauliche und traumapädagogisch qualifizierte Hilfe – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Aufenthaltsstatus.

5. Wohnen

Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt hat sich zu einer konsistenten Wohnungskrise ausgewachsen. Wohnungsbestand und Neubau in der Stadt werden kaum den tatsächlichen Bedarfen gerecht, stehen dem Bedürfnis nach geschlechter- und sorgerechttem Wohnen entgegen und verschärfen soziale Ungleichheiten. Auch für Menschen mit gutem Einkommen gestaltet es sich äußerst schwierig, eine bezahlbare und ausreichend große Wohnung zu finden. Menschen mit niedrigem Einkommen, besonders Frauen, Alleinerziehende und ihre Kinder, sind von der Berliner Wohnungsnot stark betroffen. Die Krise der Wohnraumversorgung hat sich fast unbemerkt zur realen Gefahr der Wohnungslosigkeit für diese vulnerable Bevölkerungsgruppe ausgewachsen.

Wir fordern

- bei neu gebauten Wohngebieten eine gemischte Nutzung vorzusehen und dabei mindestens 50% der Wohnungen öffentlich zu fördern und mit einer entsprechenden Mietpreisbindung zu versehen.
- bei der Vergabe der mietpreisgebundenen Wohnungen Alleinerziehende und alleinlebende ältere Frauen mit Vorrang zu berücksichtigen.
- im Neubau bedarfsgerechte Grundrisse für Alleinerziehende und ihre Kinder sowie Familien zu fördern.
- Anreize zum Wohnungstausch zu verstärken, wie es sie bei den landeseigenen Wohnungsgesellschaften bereits gibt. Dabei muss durch die Mietpreisgestaltung sichergestellt werden, dass der Tausch für beide Parteien vorteilhaft ist.
- gemeinschaftliche Wohnformen zu fördern, z.B. den verstärkten Ausbau von Mehrgenerationenprojekten, gekoppelt mit der notwendigen Infrastruktur für unterschiedliche Generationen und Lebensformen.
- Modellprojekte zur Wohnraumsicherung und -vermittlung bei drohender Wohnungslosigkeit für besonders vulnerable Gruppen (Alleinerziehende, gewaltbetroffene Frauen, Migrant*innen) weiterhin zu fördern bzw. zu entwickeln (Wohnen statt MuF, Wohnen statt ASOG).
- Stadtplanung mit Fokus auf Care-Verantwortung zu entwickeln und umzusetzen (die „sorgende Stadt“, die „15-Minuten-Stadt“).

Antwort Bündnis 90/Die Grünen

Eine gemischte Nutzung sowie 50 % mietpreisgebundene Wohnungen bei Neubau sind bereits seit einiger Zeit Forderungen von Bündnis 90/Die Grünen. Mit dem Bezahlbare-Mieten-Gesetz wollen wir auf Landesebene für einen besseren Zugang zu bezahlbarem Wohnraum sorgen.

Mietpreisgebundene Wohnungen verstärkt für vulnerable Gruppen vorzuhalten, haben wir bereits mehrfach auch in der BVV gefordert. Das geschützte Marktsegment ist offensichtlich nicht ausreichend, um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu verhindern. Bezirklich gibt es hier jedoch wenige Möglichkeiten, daran etwas zu ändern. Aber auch auf Landesebene wollen wir

bei der Wohnungsvergabe von landeseigenen Wohnungen vulnerable und einkommensarme Gruppen besser berücksichtigen, indem wir unter anderem die Quote für Haushalte mit Wohnberechtigungsschein erhöhen.

Den Wohnungswechsel bei verändertem Wohnbedarf wollen wir auf Landesebene für Mieter*innen durch geeignete Angebote und faire Konditionen bei Umzug in eine kleinere, seniorenrechtliche Wohnung fördern und zwischen den Landeseigenen Wohnungsunternehmen ermöglichen und weiterentwickeln.

Auch gemeinschaftliche Wohnformen wie Mehrgenerationenprojekte - auch dezidiert für queere Menschen - wollen wir auf Landesebene ausbauen. Als bezirkliche Politiker*innen werden wir diese Forderungen bei geeigneten Flächen in unserer BVV Arbeit unterstützen und auch den Fortschritt hin zur alterfreundlichen Stadt (dem Netzwerk der WHO sind wir als Bezirk auf bündnisgrüne Initiative hin beigetreten) immer wieder überprüfen.

Wohnen statt MUF ist ein Erfolgsprojekt, dessen Ausweitung wir als Bündnisgrüne unterstützen. Wohnen statt ASOG ist die effektivste Methode, das Leben der Betroffenen zu verbessern und Kosten für den Bezirk zu sparen. Also gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Darüber hinaus ist für uns klar: es braucht ein berlinweites Räumungsmoratorium. Keine Räumung ohne Ersatzwohnraum ist unsere deutliche Forderung!

Für eine moderne Stadtplanung müssen alle Personengruppen mitgedacht werden. Deshalb wollen wir hochfrequentierte Wege und wichtige Zubringer zum ÖPNV besser beleuchten, Angsträume reduzieren und Nutzungsmischungen im öffentlichen Raum stärken. Gleichzeitig sollen neue öffentliche Toiletten und sichere, inklusive Spielplätze entstehen. Feministische Stadtplanung ist und bleibt uns ein wichtiges Anliegen und wird unsere Arbeit im Stadtentwicklungsausschuss auch in der nächsten Legislaturperiode prägen.

Antwort DIE LINKE

- Das unterstützen wir. In neuen Quartieren muss mindestens jede zweite Wohnung dauerhaft bezahlbar sein; öffentliche Förderung braucht lange Bindungen, soziale Mischung und eine starke Rolle landeseigener Wohnungsunternehmen und Genossenschaften.

Eine feministische Wohnungspolitik darf sich jedoch nicht auf den Neubau beschränken. Entscheidend ist auch, ob bestehende Wohnungen dauerhaft bezahlbar bleiben. Die Linke will deshalb die landeseigenen Wohnungsunternehmen konsequent auf Gemeinwohl und Mieterschutz verpflichten: mit einem Mietenstopp, einem Mietendeckel im landeseigenen Bestand, der Absenkung überhöhter Mieten und einer dauerhaften Begrenzung von Mieterhöhungen. Zugleich bleibt die Vergesellschaftung großer profitorientierter Wohnungskonzerne ein wesentlicher Bestandteil unserer Wohnungspolitik.

- Bei knappen belegungsgebundenen Wohnungen müssen besondere Notlagen berücksichtigt werden. Alleinerziehende und alleinlebende ältere Frauen brauchen

verbindliche Vorrang- und Härtefallregelungen, ohne benachteiligte Gruppen gegeneinander auszuspielen.

Vorrang bei der Wohnungsvergabe brauchen auch Frauen und ihre Kinder, die ein Frauenhaus oder eine andere Schutzunterkunft verlassen wollen. Fehlender Wohnraum darf weder dazu führen, dass Schutzplätze dauerhaft blockiert werden, noch dazu, dass Betroffene in gewaltvolle Beziehungen zurückkehren müssen. Dafür braucht es verbindliche Kontingente bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Wohnungsunternehmen, Fachberatungsstellen und Bezirken.

Eine soziale Vergabepaxis muss zugleich diskriminierungsfrei organisiert werden. Bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen wollen wir anonymisierte Bewerbungsverfahren und ein diskriminierungssensibles Monitoring einführen. So muss überprüfbar werden, ob Frauen mit Migrationsgeschichte, queere und trans* Personen oder Menschen mit Behinderungen bei der Wohnungssuche strukturell benachteiligt werden.

- Bezahlbarkeit und Grundriss müssen zusammenpassen. Wir wollen mehr kleine, gut geschnittene Mehrzimmerwohnungen, flexible Grundrisse und Gemeinschaftsflächen, die den Alltag von Familien und Alleinerziehenden tatsächlich erleichtern.
- Wohnungstausch darf nicht zur Mieterhöhung führen. Wir wollen einen berlinweiten Tauschservice, klare Mietobergrenzen beziehungsweise Warmmietenneutralität und Unterstützung bei den Umzugskosten.
- Gemeinschaftliche Wohnformen schaffen Nähe, Unterstützung und Schutz vor Einsamkeit. Wir wollen Grundstücke bevorzugt an gemeinwohlorientierte Träger vergeben und solche Projekte mit Pflege-, Beratungs- und Nachbarschaftsangeboten verbinden.
- Unterbringung in ASOG- oder Gemeinschaftsunterkünften darf kein Dauerzustand sein. Housing-First-orientierte Vermittlung, geschützte Kontingente und eine starke Fachstelle zur Wohnraumsicherung müssen ausgebaut und regulär finanziert werden.
- Eine sorgende Stadt misst Wege nicht nur in Autominuten. Kitas, Schulen, Pflege, Gesundheit, Einkauf, Grünflächen und ÖPNV müssen in allen Stadtteilen sicher, barrierefrei und wohnortnah erreichbar sein.